**Ausschussbetreuender Bereich
BM-13 / Zentrale Stelle für Anregungen und Beschwerden**

Drucksachen-Nr.

0009/2016

öffentlich

**Ausschuss für Anregungen und Beschwerden gem. § 24 GO NRW
Sitzung am 06.07.2016**

Antrag gem. § 24 GO

Antragstellerin / Antragsteller

Wird aus datenschutzrechtlichen Gründen nicht veröffentlicht

Tagesordnungspunkt

Beschwerde vom 02.01.2016 über die Verkehrs-/Parksituation im Lärchenweg und Anregung, die Absperrung des Privatgeländes wieder zu öffnen sowie Halteverbotschilder im Wendehammer aufzustellen

Die Anregung ist beigelegt.

Stellungnahme des Bürgermeisters:

Der Petent beschwert sich darüber, dass im Lärchenweg (einer Sackgasse) aufgrund des nur 3,30 m breiten Ausbaus keine Parkmöglichkeiten vorhanden sind, aber dennoch vor allem Hundehalter, welche ihre Tiere dort im Wald ausführen, in der Straße parken und dadurch die Zufahrtsmöglichkeiten für Fahrzeuge des Rettungsdienstes, der Feuerwehr und auch der Entsorgungsdienste unmöglich würden. Diese Situation sei erst eingetreten, nachdem durch den Landesbetrieb Wald und Holz NRW ein Grundstück am Waldesrand, das bis dahin als Parkplatz genutzt wurde, mit Pfosten und Kette abgesperrt wurde. Diese Ketten sollten so befestigt werden dass sie abgenommen werden können, damit zumindest zeitweise dort geparkt werden kann.

Anlässlich dieser Eingabe wurde die Situation umfassend überprüft. Im Ergebnis ist die Straße Lärchenweg tatsächlich ca. 4 m breit ausgebaut, kurz vor dem Wendehammer ist sie 5,10 m. Hier ergibt sich ein gesetzliches Parkverbot gem. § 12 Abs. 3 Nr. 3 StVO. Bei dieser Straßenbreite ist ein legales Parken von PKWs auf der Straße nicht möglich, da die erforderliche Restbreite nicht eingehalten werden kann. Auch im Wendebereich ist das Parken gesetzlich verboten.

Die Straße Lärchenweg ist nur mit dem VZ 357 (Sackgasse) beschildert, eine weitere Beschilderung ist durch die geringe Straßenbreite und das sich daraus ergebende Parkverbot

nicht erforderlich. Sie wäre auch nur anzuordnen, wenn sie zwingend erforderlich ist (§ 45 Abs. 9 StVO).

Das Grundstück, auf welchem die Absperrung errichtet wurde, steht im Privateigentum, weshalb vor Errichtung der Pfosten mit Kette keine Absprache mit der Verkehrsbehörde erforderlich war.

Wenn in der Straße oder dem Wendehammer Fahrzeuge parken, haben die Kollegen der Müllabfuhr Probleme bei der Einfahrt und keine Möglichkeit zum Wenden. Sie dürfen entsprechend den Unfallverhütungsvorschriften dann nicht bis zum Ende in die Straße einfahren und können in dieser Situation die Tonnen zumindest im hinteren Teil der Straße nicht mehr leeren. Wie der Petent selbst erkannt hat, kämen auch Rettungsfahrzeuge und Feuerwehr im Notfall nicht durch. In solchen Situationen wäre auch ein vorheriges Aufsuchen der Fahrzeughalter und Wegsetzen der Fahrzeuge viel zu zeitaufwändig. Daher muss die Einhaltung des gesetzlichen Parkverbots im Interesse aller Anwohner verstärkt überwacht und geahndet werden.

Vermutlich handelt es sich bei den Fahrzeugführern, die in der Straße parken um ihre Hunde im Wald auszuführen, um einen überschaubaren und gleichbleibenden Personenkreis, der spätestens nach dem Erhalt von Verwarnungen über das gesetzliche Parkverbot informiert ist, sodass auch hieraus kein zwingendes Erfordernis für eine Beschilderung hergeleitet werden kann.

Um die Situation zu entschärfen wurde nun versucht, eine Fläche auf einem Privatgrundstück zu erwerben, um hierauf öffentliche Stellplätze errichten zu können. Eine Einigung mit dem Grundstückseigentümer diesbezüglich ist jedoch gescheitert.

Um die Parkplatzsituation für die Anwohner der Straße und deren Besucher zu verbessern, bietet sich für diese zumindest teilweise die Möglichkeit, auf dem eigenen Grundstück weitere Stellplätze einzurichten.